

CHRISTIAN KRÜGER

Europäischer Rechtskraftbegriff

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 175

herausgegeben von

Rolf Stürner



Christian Krüger

Europäischer Rechtskraftbegriff

Überlegungen zu Existenz, Reichweite
und Erforderlichkeit

Mohr Siebeck

Christian Krüger, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Konstanz; wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der Universität Konstanz; 2017 Stipendiat am Max Planck Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law; 2019 Forschungsaufenthalt am Institut international pour l'unification du droit privé; 2020 Promotion.

ISBN 978-3-16-159770-1 / eISBN 978-3-16-159796-1

DOI 10.1628/978-3-16-159796-1

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

*Für Karoline Marie
und meine Familie*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Wintersemester 2019/2020 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen worden. Das Manuskript wurde im Herbst 2019 fertiggestellt und ist hiernach lediglich punktuell aktualisiert worden.

Herzlicher Dank gebührt zunächst meiner Doktormutter, Frau Professorin Dr. Astrid Stadler, die mich für die wissenschaftliche Arbeit begeisterte und früh mein Interesse für das (Europäische) Zivilprozessrecht und die Rechtsvergleichung weckte. Durch ihre stetige Betreuung und bereitwillige Förderung trug sie in erheblichem Maße zum Gelingen meines Forschungsvorhabens bei. Nicht nur ihr Fachwissen und ihre Erfahrung, sondern insbesondere ihre freundliche und menschliche Art haben mich während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an ihrem Lehrstuhl stets beeindruckt.

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Professor Dr. Michael Stürner, M.Jur. (Oxford). Er hat nicht nur die Zweitbegutachtung übernommen, sondern nahm sich bereits während meines gesamten Schreibprozesses immer wieder Zeit für Gespräche und Diskussionen, in denen er mir wertvolle Hinweise und Denkanstöße gab.

Beiden bin ich zudem für ihre kontinuierliche Unterstützung bei zahlreichen weiteren Projekten und insbesondere der Realisierung meiner Forschungsaufenthalte in Luxembourg und Rom, welche mich sowohl fachlich als auch persönlich weitergebracht und geprägt haben, dankbar.

Dem Max Planck Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law danke ich für die Möglichkeit, unter idealen Forschungsbedingungen zu arbeiten und die großzügige Förderung im Rahmen des Stipendienprogramms. Für die Aufnahme als Gastwissenschaftler bin ich dem Institut international pour l'unification du droit privé sowie dem DAAD für dessen Förderung im Rahmen eines Kurzstipendiums zu Dank verpflichtet. Herrn Professor Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die vorliegende Schriftenreihe.

Für die schöne Zeit am Lehrstuhl möchte ich mich bei allen bedanken, die diesen Abschnitt mitgeprägt haben. Insbesondere Frau Julia Florian, Frau Dr. Doris Forster, Frau Gabi Reichle, Herrn Dr. Robert Leo Bergmann, Herrn Dr. Matthias Klöpfer und Herrn Karl Ole Rinck danke ich für die freundschaftliche Zusammenarbeit und viele gewinnbringende Diskussionen.

Mein herzlichster Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, die mich in jeder Lebenslage unterstützt haben. Nicht genug danken kann ich schließlich meiner Verlobten. Ohne ihren Rückhalt und ihre unermüdliche Unterstützung wäre diese Arbeit nicht entstanden. Ihr und meiner Familie widme ich diese Arbeit.

Konstanz, im Oktober 2020

Christian Krüger

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
Zum Begriff der „objektiven Reichweite“ der materiellen Rechtskraft	5
Erster Teil: Grundlagen	7
<i>A. Historischer Überblick</i>	7
I. Römisches Recht	8
II. Mittelalter und Neuzeit	15
III. Zusammenfassung	16
<i>B. Grundlagen und Wirkungen der Rechtskraft im deutschen und französischen Zivilprozessrecht</i>	17
I. Begriff	17
II. Formelle Rechtskraft	19
III. Materielle Rechtskraft	22
IV. Zusammenfassung	69
Zweiter Teil: Rechtskraft im Europäischen Zivilprozess	71
<i>A. Rechtskraft in abstrakt-generellen Überlegungen zu einem europäischen Zivilprozessrecht</i>	71
I. ELI/UNIDROIT Projekt „From Transnational Principles to European Rules of Civil Procedure“	72
<i>B. Rechtskraft im Bereich der EuGVVO</i>	77
I. Entstehungsgeschichte der EuGVVO	78
II. Relevanter Bereich – Anerkennung	81
III. Welche Vorgaben existieren aktuell? – Keine Existenz eines europäischen Rechtskraftbegriffes <i>de lege lata</i>	91
<i>C. Zusammenfassung Rechtskraft im Europäischen Zivilprozessrecht</i>	142

Dritter Teil: Rechtsvergleichende Untersuchung zur Rechtskraft von Entscheidungsgründen im deutschen und französischen Zivilprozessrecht und Überblick über die Tiefenwirkung der Rechtskraft in weiteren Mitgliedstaaten	145
<i>A. Rechtskraft der Gründe im deutschen Zivilprozessrecht</i>	146
I. Historische Entwicklung	146
II. Diskussion und Beiträge <i>nach</i> Inkrafttreten der ZPO	154
III. Praktikabilität enger Rechtskraftgrenzen, Ausnahmen und Korrektiv	174
IV. Zusammenfassung	205
<i>B. Rechtskraft der Gründe im französischen Zivilprozessrecht</i>	208
I. Grundsatz – <i>Le dispositif</i>	208
II. Bedeutung der Gründe abseits eigener Rechtskraft	211
III. Isolierte Rechtskraft der Gründe	212
<i>C. Überblick über die Tiefenwirkung der materiellen Rechtskraft in weiteren Mitgliedstaaten</i>	234
I. Österreich	235
II. Italien und Spanien	242
III. England	248
<i>D. Ergebnisse des Vergleichs – Synthese und extrahierte Argumente</i>	265
I. Abstrakte Abwägung zwischen engem und weitem Rechtskraftbegriff anhand der entwickelten Argumente	265
II. Ergebnis	274
Vierter Teil: Existenz, Erforderlichkeit und Reichweite eines unionsautonomen Rechtskraftbegriffes – Übertragung der Ergebnisse des Rechtsvergleiches auf die europäische Ebene	277
<i>A. EuGVVO</i>	277
I. Weder Existenz noch (zwingende) Erforderlichkeit eines unionsautonomen Rechtskraftbegriffes im Anwendungsbereich der EuGVVO	278
II. Vorteilhaftigkeit?	279
III. Ergebnis	297
IV. Mögliche Lösung <i>de lege ferenda</i> – Ergänzung der Bescheinigung nach Art. 53 EuGVVO i. V. m. Anhang I	297
<i>B. Rechtskraftbegriff innerhalb europäischer Gesamtsysteme und vorläufige Bewertung der Rechtskraftregeln innerhalb des ELI/ UNIDROIT Projektes „From Transnational Principles to European Rules of Civil Procedure“</i>	302

I. Zwingende Erforderlichkeit	302
II. Reichweite	302
III. Vorläufige Bewertung der Rechtskraftregeln innerhalb der ELI/ UNIDROIT <i>European Rules of Civil Procedure</i>	303
C. <i>Zusammenfassung in Thesen</i>	312
D. <i>Conclusion in Theses</i>	314
Literaturverzeichnis	317
Sachverzeichnis	343

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
Zum Begriff der „objektiven Reichweite“ der materiellen Rechtskraft	5
Erster Teil: Grundlagen	7
A. <i>Historischer Überblick</i>	7
I. Römisches Recht	8
1. Legisaktionsverfahren – Altrömische Periode	8
2. Formularverfahren – Klassische Periode	10
3. Kognitionsverfahren – Klassische Periode	13
4. Kognitionsverfahren – Nachklassische Periode	14
II. Mittelalter und Neuzeit	15
III. Zusammenfassung	16
B. <i>Grundlagen und Wirkungen der Rechtskraft im deutschen und französischen Zivilprozessrecht</i>	17
I. Begriff	17
1. Deutsches Recht	17
2. Französisches Recht	18
II. Formelle Rechtskraft	19
1. Deutsches Recht, § 705 ZPO	19
2. Französisches Recht – <i>Irrévocabilité</i>	21
III. Materielle Rechtskraft	22
1. Grundlagen	24
a) Deutsches Recht – § 322 ZPO	24
b) Französisches Recht – Art. 1355 CC	24
2. Zweck der materiellen Rechtskraft im deutschen und französischen Recht	25
3. Natur und Wesen	27
a) Deutsches Recht	28

aa) Materielle Rechtskrafttheorie	28
bb) Prozessuale Rechtskrafttheorie	29
b) Französisches Recht	30
aa) <i>La conception classique – présomption de vérité</i>	30
bb) <i>La conception moderne – obstacle au recommencement de l'action</i>	33
4. Abgrenzung zu anderen Urteilswirkungen	34
a) Deutsches Recht	34
aa) Vollstreckbarkeit	34
bb) Gestaltungswirkung	35
cc) Tatbestandswirkung	35
b) Französisches Recht	35
aa) Urteilswirkung und Urteileigenschaft – <i>effet</i> und <i>attribut</i>	36
bb) <i>Efficacité substantielle</i>	37
5. Eintrittszeitpunkt	39
a) Deutsches Recht	39
b) Französisches Recht	39
6. Rechtskraftfähigkeit	40
a) Deutsches Recht	40
aa) Der materiellen Rechtskraft fähig	40
bb) Der materiellen Rechtskraft nicht fähig	42
b) Französisches Recht	42
aa) <i>Acte juridictionnel</i>	43
bb) Der materiellen Rechtskraft nicht fähig	44
(1) <i>Actes administratifs</i> und <i>donné acte</i>	44
(2) Prozessvergleiche	44
(3) <i>Jugements avant dire droit</i>	45
(4) <i>Jugements gracieux</i>	46
cc) Der materiellen Rechtskraft fähig	47
7. Wirkungen	48
a) Deutsches Recht	49
aa) Negative Wirkung der materiellen Rechtskraft	49
(1) Negative Prozessvoraussetzung	49
(2) Unzulässigkeit von Klagen auf das kontradiktorische Gegenteil	49
(3) Präklusion von Tatsachen	51
bb) Positive Wirkung der materiellen Rechtskraft – Präjudizialität ..	52
b) Französisches Recht	53
aa) Negative Wirkung (<i>effet négatif</i>)	53
(1) Prozesshindernis (<i>fin de non-recevoir</i>)	53
(2) Präklusion von Tatsachen	54
bb) Positive Wirkung (<i>effet positif</i>)	56
(1) Anerkennung des <i>effet positif</i> nur in Ausnahmefällen	58

(2) Grundsätzliche Ablehnung eines <i>effet positif</i> der <i>autorité de la chose jugée</i>	59
(3) Befürwortung eines <i>effet positif</i> der <i>autorité de la</i> <i>chose jugée</i>	60
(4) Rechtsprechung	62
(5) Zusammenfassung	64
8. Subjektive Reichweite der materiellen Rechtskraft	65
a) Deutsches Recht	65
b) Französisches Recht	66
9. Berücksichtigung im Prozess	66
a) Deutsches Recht	67
b) Französisches Recht	68
IV. Zusammenfassung	69
 Zweiter Teil: Rechtskraft im Europäischen Zivilprozess	71
A. Rechtskraft in abstrakt-generellen Überlegungen zu einem europäischen Zivilprozessrecht	71
I. ELI/UNIDROIT Projekt „ <i>From Transnational Principles to</i> <i>European Rules of Civil Procedure</i> “	72
1. Reichweite der Rechtskraft in den ALI/UNIDROIT <i>Principles</i> <i>of Transnational Civil Procedure</i>	73
2. Reichweite der Rechtskraft innerhalb des ELI/UNIDROIT Projektes „ <i>From Transnational Principles to European Rules of Civil</i> <i>Procedure</i> “	74
a) Voraussetzungen für die Rechtskraft von Vorfragenentscheidungen .	75
b) Zusammenfassung	77
B. Rechtskraft im Bereich der EuGVVO	77
I. Entstehungsgeschichte der EuGVVO	78
1. EWGV	78
2. EuGVÜ	78
3. LugÜ	79
4. EuGVVO	80
II. Relevanter Bereich – Anerkennung	81
1. Art. 36 ff. EuGVVO	83
a) Generelle Darstellung verschiedener Anerkennungstheorien	84
aa) Gleichstellungstheorie	84
bb) Theorie der Wirkungserstreckung	85
cc) Einschränkung der Wirkungserstreckung, Kumulationstheorie .	86
dd) <i>Lex causae</i>	88
b) Konkrete Ansichten zur Anerkennung nach der EuGVVO – Wirkungserstreckung als etablierter Konsens	89
aa) Ansicht des EuGH – Wirkungserstreckung	89

bb) Ansicht innerhalb der Literatur – Wirkungserstreckung als herrschende Meinung	90
2. Zusammenfassung	90
III. Welche Vorgaben existieren aktuell? –	
Keine Existenz eines europäischen Rechtskraftbegriffes <i>de lege lata</i>	91
1. Rechtsprechung des EuGH	92
a) <i>de Wolf/Cox</i>	92
b) <i>Gothaer Allgemeine</i>	93
aa) Sachverhalt	94
bb) Die Auffassung des Generalanwalts und verschiedener Regierungen	94
cc) Entscheidung des EuGH	97
dd) Rezeption der Entscheidung innerhalb der europäischen Literatur	98
c) Ergebnis	100
2. Der vom EuGH entlehnte „Rechtskraftbegriff des Unionsrechts“	102
a) Unterscheidung zwischen der Bindungswirkung von Entscheidungen der Gemeinschaftsgerichte und Rechtskraft von Entscheidungen nationaler Gerichte im Rahmen der Anerkennung nach Gemeinschaftsrecht	103
aa) Rechtskraft von Entscheidungen nationaler Gerichte im Rahmen der Anerkennung nach der EuGVVO	103
bb) Die Bindungswirkung nach Art. 266 AEUV – kein geeignetes Modell für die Definition der Reichweite einer einheitlichen Rechtskraft im Rahmen der Anerkennung nach der EuGVVO . .	104
b) Ergebnis	107
3. Rückschlüsse aus dem Streitgegenstandsbegriff?	107
a) Streitgegenstandsbegriff im deutschen Recht	108
aa) Verständnis des historischen Gesetzgebers	108
bb) Materiellrechtliche Streitgegenstandstheorien	109
cc) Prozessrechtliche Streitgegenstandstheorien	109
(1) Theorie vom eingliedrigen Streitgegenstandsbegriff	110
(2) Theorie vom zweigliedrigen Streitgegenstandsbegriff	110
(3) Relative Streitgegenstandstheorien	112
b) Zusammenfassung	113
c) Streitgegenstand im französischen Recht	114
aa) <i>Identité d’objet</i>	114
bb) <i>Identité de cause</i>	116
(1) Grundpositionen	116
(2) Verständnis der Rechtsprechung und Entwicklung – Konflikt mit fehlender Prüfpflicht nicht vorgetragener <i>moyens de droit</i>	117
d) Zusammenfassung	122

e) Streitgegenstandsbegriff innerhalb der EuGVVO –	
Kernpunkttheorie	124
aa) Kernpunkttheorie	125
bb) Kritik an der Kernpunkttheorie	127
f) Keine Rückschlüsse aus dem Streitgegenstandsbegriff	
für die (vertikale) Reichweite der Rechtskraft	130
aa) Differenzierung zwischen Breiten- und Tiefenwirkung	
der materiellen Rechtskraft	130
bb) Streitgegenstandsbegriff und Tiefenwirkung der Rechtskraft ...	131
(1) Keine logisch zwingenden Vorgaben aus dem Streitgegen-	
standsbegriff für die Tiefenwirkung der Rechtskraft	132
(2) Keine teleologisch sinnvollen Vorgaben aus der	
Kernpunkttheorie für die Tiefenwirkung der Rechtskraft ...	133
(a) Übertragung der Kernpunkttheorie in den Bereich der	
Rechtskraft – Einheitlicher Streitgegenstandsbegriff	
für Rechtshängigkeit und Rechtskraft?	133
(b) Keine Vorgaben für die Tiefenwirkung aus der	
Kernpunkttheorie auch im Fall einer Übertragung	
in den Bereich der Rechtskraft.	135
g) Ergebnis	137
4. Rückschlüsse aus der Unvereinbarkeit?	137
a) Begriff der Unvereinbarkeit	138
b) Unvereinbarkeit als <i>Rechtskraftkonflikt</i> ?	139
c) Ergebnis – <i>Keine</i> Rückschlüsse aus Rechtsprechung zur	
Unvereinbarkeit	140
5. Ergebnis der Bestandsaufnahme	141
C. Zusammenfassung Rechtskraft im Europäischen Zivilprozessrecht	142

Dritter Teil: Rechtsvergleichende Untersuchung zur Rechtskraft	
von Entscheidungsgründen im deutschen und französischen	
Zivilprozessrecht und Überblick über die Tiefenwirkung der	
Rechtskraft in weiteren Mitgliedstaaten	145
A. Rechtskraft der Gründe im deutschen Zivilprozessrecht	146
I. Historische Entwicklung	146
1. Befürwortung einer eigenständigen Rechtskraft von Urteilsgründen –	
insbesondere <i>Friedrich Carl von Savigny</i> , 1847 und <i>Bernhard</i>	
<i>Windscheid</i> , 1862	147
2. Ablehnung einer eigenständigen Rechtskraft von Urteilsgründen –	
insbesondere <i>Joseph Unger</i> , 1868 und <i>Georg Wilhelm Wetzell</i> , 1878 ..	149
3. Gesetzgeber, 1879	152
II. Diskussion und Beiträge <i>nach</i> Inkrafttreten der ZPO	154

1. Rechtskrafterweiterung in „Sinn- und Ausgleichszusammenhängen“ – <i>Zeuner</i>	154
2. Reaktionen und weitere Überlegungen zur Ausdehnung der bestehenden Rechtskraftgrenzen	157
a) Reaktionen auf <i>Zeuner</i>	157
b) Weitere Ansätze	160
aa) Kriterium des „wirtschaftlichen Werts“ – <i>Henckel</i>	161
bb) Kriterium der „identischen Rechtsposition“ – <i>Rimmelspacher</i> ..	162
cc) Kriterium der „Interessenidentität“ – <i>Althammer</i>	163
dd) Andere Lesart des § 322 Abs. 1 ZPO – <i>Reischl</i>	165
ee) Teleologische Reduktion des § 322 Abs. 1 ZPO und Analogie zu § 322 Abs. 2 ZPO – <i>Foerste</i>	166
3. Zusammenfassung und Bewertung – Schwierigkeit von Definition und Identifikation „tragender“ Gründe	167
III. Praktikabilität enger Rechtskraftgrenzen, Ausnahmen und Korrektiv	174
1. Keine Erforderlichkeit einer isolierten Rechtskraft von Entscheidungsgründen	175
a) Keine Rechtskraft von Entscheidungsgründen bei klageabweisenden Urteilen	175
aa) Prozessurteil – Abweisung als unzulässig	176
bb) Sachurteil – Abweisung als unbegründet	178
cc) Ergebnis	180
b) Keine Rechtskraft von Entscheidungsgründen bei nachfolgenden Klagen wegen neu eingetretener Tatsachen	181
aa) Kritik an der Bejahung einer Bindung an Feststellungen aus dem Erstverfahren	182
(1) Streitgegenstandsinterne Bindungswirkung bei nur „modifiziertem“ Streitgegenstand	182
(2) Bindungswirkung trotz Annahme verschiedener Streitgegenstände	185
bb) Ergebnis	186
c) Keine Rechtskraft von Entscheidungsgründen bei Teilklagen	186
aa) Zulässigkeit der Nachforderungsklage	187
(1) Zulässigkeit der Nachforderungsklage bei „offener“ Teilklage	188
(2) Zulässigkeit der Nachforderungsklage bei „verdeckter“ Teilklage	189
bb) Bindungswirkung zwischen Teilklage und Nachforderungsklage?	191
d) Zwischenfazit	193
2. Ausnahmen	193
a) Entscheidung über die Gegenforderung, § 322 Abs. 2 ZPO	193
aa) Direkte Anwendung des § 322 Abs. 2 ZPO	194
bb) Analoge Anwendung des § 322 Abs. 2 ZPO	194

cc) Schlussfolgerungen	196
3. „Unechte“ Ausnahmen – andere Formen der Bindungswirkung	197
a) § 33b GWB	198
b) § 11 UKlaG	199
4. Korrektiv: Zwischenfeststellungsklage nach § 256 Abs. 2 ZPO	202
a) Voraussetzungen	202
aa) Rechtsverhältnis	202
bb) Abhängigkeit vom Hauptprozess	203
b) Wirkung und Bedeutung in der Praxis – Vorteile gegenüber <i>genereller</i> Rechtskrafterweiterung	204
IV. Zusammenfassung	205
<i>B. Rechtskraft der Gründe im französischen Zivilprozessrecht</i>	<i>208</i>
I. Grundsatz – <i>Le dispositif</i>	208
II. Bedeutung der Gründe abseits eigener Rechtskraft	211
1. Bedeutung der Gründe im Rahmen der Auslegung unklarer Tenorierungen	211
2. Bedeutung der Gründe für die Frage nach Streitgegenstandsidentität	211
3. Keine Frage eigenständiger Rechtskraft	212
III. Isolierte Rechtskraft der Gründe	212
1. <i>Motifs décisives</i>	213
2. <i>Motifs décisifs</i>	214
3. <i>Décisions implicites</i> und <i>décisions virtuelles</i>	215
4. Entwicklung	218
a) Gesetzgebung – <i>Nouveau Code de procédure civile</i>	219
b) Rechtsprechung	220
aa) <i>Motifs décisives</i>	221
bb) <i>Motifs décisifs</i>	222
cc) <i>Décisions implicites</i>	224
dd) Zusammenfassung	225
c) Literatur	226
aa) <i>Motifs décisives</i>	226
bb) <i>Motifs décisifs</i>	227
cc) <i>Décisions implicites</i>	229
5. Keine Existenz allgemeiner Feststellungsklagen	231
6. Zusammenfassung	233
<i>C. Überblick über die Tiefenwirkung der materiellen Rechtskraft in weiteren Mitgliedstaaten</i>	<i>234</i>
I. Österreich	235
1. Zweck und dogmatische Begründung	235
2. Eintrittszeitpunkt und Wirkungen	236
a) Einmaligkeitswirkung	236
b) Bindungswirkung	237

3. Objektive Reichweite	238
a) Grundsatz	238
b) Ausnahmen	238
aa) Ausnahmen im Gesetz – Entscheidung über die Gegenforderung bei Aufrechnung	238
bb) Ausnahmen in der Rechtsprechung – „Sonderfall-Judikatur“ des OGH	239
c) Kompensation durch Zwischenfeststellungsantrag	241
4. Zusammenfassung und Bewertung	241
II. Italien und Spanien	242
1. Italien	242
2. Spanien	244
III. England	248
1. Rechtskraftähnliche Institute im englischen Recht	249
a) <i>Abuse of process</i>	250
b) <i>Res judicata estoppel</i>	253
aa) <i>Cause of action estoppel</i>	254
bb) <i>Issue estoppel</i>	256
c) Zusammenfassung	259
2. Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union – „Brexit“	260
a) Politische Entwicklungen	260
b) Auswirkungen auf das europäische Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht	261
aa) Fortgeltung des Unionsrechts während des Übergangszeitraums	262
bb) Mögliche Szenarien nach Ende des Übergangszeitraums <i>ohne</i> weitere Vereinbarungen	262
c) Fazit – Bedeutungseinbußen des <i>common law</i> im Rahmen europäischer Gesetzgebung	264
D. <i>Ergebnisse des Vergleichs – Synthese und extrahierte Argumente</i>	265
I. Abstrakte Abwägung zwischen engem und weitem Rechtskraftbegriff anhand der entwickelten Argumente	265
1. Prozessökonomie	266
2. Belange der Parteien im engeren Sinne	267
a) Gefahr überraschender Urteilsfolgen	268
b) Rechtsempfinden – Bedürfnis nach Entscheidungskontinuität?	269
3. Zwischenergebnis	270
4. Fortschreibung unrichtiger Urteile	270
5. Rechtssicherheit und Rechtsklarheit	272
II. Ergebnis	274

Vierter Teil: Existenz, Erforderlichkeit und Reichweite eines unionsautonomen Rechtskraftbegriffes – Übertragung der Ergebnisse des Rechtsvergleiches auf die europäische Ebene	277
A. <i>EuGVVO</i>	277
I. Weder Existenz noch (zwingende) Erforderlichkeit eines unionsautonomen Rechtskraftbegriffes im Anwendungsbereich der EuGVVO . . .	278
II. Vorteilhaftigkeit?	279
1. Funktion und Rolle der Rechtskraft innerhalb der Anerkennung	279
2. Reichweite eines unionsautonomen Rechtskraftbegriffes – Abwägung zwischen weitem und engem einheitlichen Rechtskraftbegriff	280
a) Prozessökonomie	281
b) Belange der Parteien – Wirkungserweiterung und Wirkungsbescheidung	282
c) Systematik der EuGVVO und praktischer Ablauf des Anerkennungsverfahrens	284
aa) Art. 54 Abs. 1 Unterabs. 2 EuGVVO – Verbot der Wirkungserweiterung	284
bb) Praktischer Ablauf des Anerkennungsverfahrens – Vorliegende Dokumente in der Regel nicht ausreichend, um rechtskräftige Feststellungen in den Gründen identifizieren zu können	285
d) Rechtssicherheit	286
3. Zwischenergebnis	287
4. Vollständige Aufgabe der Wirkungserstreckung oder einheitliche „Sockel-Rechtskraft“ unter grundsätzlicher Beibehaltung der Wirkungserstreckung?	288
5. Abwägung zwischen Wirkungserstreckung und einheitlichem, engem Rechtskraftbegriff	290
a) Wirkungserstreckung als etabliertes Prinzip ohne verbindliche Vorgabe durch die Verordnung	290
b) Aspekte ohne eindeutigen Ausschlag für oder gegen die Beibehaltung der Wirkungserstreckung beziehungsweise die Anwendung eines einheitlichen, engen Rechtskraftbegriffes	291
aa) Prozessökonomie	291
(1) Als Argument für die Anwendung eines einheitlichen, engen Rechtskraftbegriffes	291
(2) Als Argument für die Beibehaltung der Wirkungserstreckung	292
bb) Erhöhte Gefahr widersprechender Entscheidungen im Anerkennungsstaat	292
(1) Als Argument gegen die Anwendung eines einheitlichen, engen Rechtskraftbegriffes	292
(2) Relativierung	293
cc) Rechtsvereinheitlichung	293

(1) Als Argument für die Anwendung eines einheitlichen, engen Rechtskraftbegriffes	293
(2) Als Argument für die Beibehaltung der Wirkungserstreckung	293
c) Vorteile eines engen, einheitlichen Rechtskraftbegriffes – Nachteile der Wirkungserstreckung	294
aa) Wegfall der Prüfung des Rechtskraftumfangs durch das Anerkennungsgericht	294
d) Nachteile eines engen, einheitlichen Rechtskraftbegriffes – Vorteile der Wirkungserstreckung	295
aa) Entkopplung von Verfahrensrecht und Rechtskraftreichweite – Vertrauensschutz	295
bb) Unterschiedliche Statute für positive und negative Wirkung der Rechtskraft	295
cc) Provokation unvereinbarer Entscheidungen?	296
III. Ergebnis	297
IV. Mögliche Lösung <i>de lege ferenda</i> – Ergänzung der Bescheinigung nach Art. 53 EuGVVO i. V. m. Anhang I	297
1. Konkrete Frage nach rechtskräftigen Entscheidungsbestandteilen <i>neben</i> dem Tenor innerhalb der Bescheinigung	298
2. Indikative Wirkung der zusätzlichen Angaben des Ursprungsgerichts ..	299
3. Aufwand-Ertrags-Verhältnis; (kein) zusätzliches Antragserfordernis ...	300
4. Zusammenfassung	301
 B. <i>Rechtskraftbegriff innerhalb europäischer Gesamtsysteme und vorläufige Bewertung der Rechtskraftregeln innerhalb des ELI/ UNIDROIT Projektes „From Transnational Principles to European Rules of Civil Procedure“</i>	302
I. Zwingende Erforderlichkeit	302
II. Reichweite	302
III. Vorläufige Bewertung der Rechtskraftregeln innerhalb der ELI/ UNIDROIT <i>European Rules of Civil Procedure</i>	304
1. Generelle Kritik an der vorgeschlagenen Reichweite	304
a) Prozessökonomie	304
b) Belange der Parteien – Überraschende Urteilsfolgen	305
c) Fortschreibung unrichtiger Urteile	305
d) Rechtssicherheit und Rechtsklarheit	306
2. Konkrete Kritik an den aufgestellten Kriterien zur Identifikation der rechtskräftigen Entscheidungsbestandteile	306
a) <i>Legal issue</i>	306
b) <i>Explicit decision</i>	307
c) Zuständigkeit des Gerichtes	307
d) <i>Debate or opportunity of a debate</i>	309
e) <i>Necessary and incidental</i>	310

3. Zusammenfassung	312
<i>C. Zusammenfassung in Thesen</i>	<i>313</i>
<i>D. Conclusion in Theses</i>	<i>314</i>
Literaturverzeichnis	317
Sachverzeichnis	343

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGB	allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
ähnl.	ähnlich
allg.	allgemein
AktG	Aktiengesetz
ALI	American Law Institute
Am. Journ. Comp. Law	The American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Ausn.	Ausnahme
avr.	avril
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BICC	Bulletin d'information de la Cour de cassation
Brüssel Ia	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Bsp.	Beispiel
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache

Bull. Ass. Plén.	Bulletin des arrêts des chambres civiles (de la Cour de cassation) – Assemblée Plénière
Bull. Ch. Mixte	Bulletin des arrêts des chambres civiles (de la Cour de cassation) – Chambre mixte
Bull. Civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles (de la Cour de cassation)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Cass. Ass. Plén.	Cour de cassation, assemblée plénière
Cass. Ch. Mixte	Cour de cassation, chambre mixte
Cass. Civ. 1er	Cour de cassation, première chambre civile
Cass. Civ. 2e	Cour de cassation, deuxième chambre civile
Cass. Civ. 3e	Cour de cassation, troisième chambre civile
Cass. Com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Cass. Soc.	Cour de cassation, chambre sociale
CC	Code civil
Clunet	Journal du Droit International
comm.	commentaire
CPC	Code de procédure civile
déc.	décembre
Dig.	Digesten
dt.	deutsch
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ECPIIL	European Commentaries on Private International Law
Ed.	Edition
éd.	édition
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Einl.	Einleitung
EIPR	European Intellectual Property Review
EL	Ergänzungslieferung
ELI	European Law Institute
ELR	European Law Report
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht

f.	folgende (Singular)
Fasc.	Fascicule
févr.	février
ff.	folgende (Plural)
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
frz.	französisch
FS	Festschrift
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber(in)
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. e.	im Sinne einer/eines
i. V. m.	in Verbindung mit
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
IJPL	International Journal of Procedural Law
insb.	insbesondere/s
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IZPR	internationales Zivilprozessrecht
IZVR	internationales Zivilverfahrensrecht
jan.	janvier
JBl.	Juristische Blätter
JCP	Juris-Classeur Périodique (La Semaine Juridique)
jew.	jeweils
JPrL	Journal of Private international Law
JR	Juristische Rundschau
juill.	juillet
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KapMuG	Kapitalangeleger-Musterverfahrensgesetz
KöKo	Kölner Kommentar
krit.	kritisch
KTS	Konkurs, Treuhand, Sanierung
lat.	lateinisch
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil
lit.	litera
LMK	Recht Steuern Wirtschaft

LQR	Law Quarterly Review
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 21.12.2007
m.	mit
m. a. W.	mit anderen Worten
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MüKo	Münchener Kommentar
n°	numéro; number
Nachw.	Nachweise
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
nov.	novembre
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
obs.	observations
oct.	octobre
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
öst.	österreichisch
öZPO	österreichische Zivilprozessordnung
öZPR	österreichisches Zivilprozessrecht
p.	page
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdTW	Recht der Transportwirtschaft
Rev. crit. dr. internat. privé	Revue critique de droit international privé
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RPfG	Rechtspflegergesetz
Rs.	Rechtssache
RTD	Revue trimestrielle
RTD civ.	Revue Trimestrielle de Droit civil
RTDEur	Revue Trimestrielle de Droit Européen
Rz.	Randzeichen
s.	siehe
S.	Seite
sept.	septembre
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte(r/s)
sogl.	sogleich
span.	spanisch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
t.	tome
u.	und

u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
UK	United Kingdom
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
Unterabs.	Unterabsatz
usw.	und so weiter
v.	von
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
w.	weitere, weiteren
wörtl.	wörtlich
z. B.	zum Beispiel
zahlr.	zahlreich
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
Ziff.	Ziffer
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPR	Zivilprozessrecht
ZPVergl.	Zivilprozessvergleichung
ZRG Rom.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Romanistische Abteilung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

Vorliegende Arbeit wird der Frage nachgehen, ob die bislang praktizierte Wirkungserstreckung bei Anerkennung von Urteilen nach den Regeln der EuGVVO¹ *de lege ferenda* durch ein europäisches, autonom definiertes Rechtskraftkonzept ersetzt werden sollte.

Bislang verstand man unter Anerkennung nach den Regeln der EuGVVO die Erstreckung der Urteilswirkungen aus dem Urteilsstaat in den Anerkennungsstaat (Wirkungserstreckungstheorie).² Konkret wurde die Reichweite der Rechtskraft also der *lex fori* des Urteilsstaates entnommen. Ein entscheidender Nachteil dieses Verfahrens ist, dass die Prüfung und Ermittlung der konkreten (positiven) Reichweite der materiellen Rechtskraft dem Gericht im Anerkennungsstaat auferlegt wird.³ Insbesondere wenn die *lex fori* des Urteilsstaates die materielle Rechtskraft nicht auf den Tenor beschränkt und insofern spezifischere Kenntnisse des angewandten (prozessualen *und* materiellen) Rechts zur Identifikation der rechtskräftigen Entscheidungsbestandteile notwendig sind, werden mitunter schwierige und fehleranfällige Prüfungen und deshalb nicht selten zeit- und kostenintensive, externe Gutachten erforderlich.⁴ Diese Probleme be-

¹ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

² Aus dem deutschen Schrifttum etwa *Kropholler/von Hein*, EuZPR, 9. Aufl., vor Art. 33 EuGVO, Rn. 9; *Schlosser/Hess/Hess*, EuZPR, 4. Aufl., Art. 36 EuGVVO, Rn. 2; *Rauscher/Leible*, EuZPR, 4. Aufl., Art. 36 Brüssel Ia-VO, Rn. 4; *MüKo/Gottwald*, ZPO, 5. Aufl., Art. 36 Brüssel Ia-VO, Rn. 12; *Geimer/Schütze/E. Peiffer/M. Peiffer*, Internationaler Rechtsverkehr, Brüssel Ia (Nr. 538), EL 52, 2017, Art. 36, Rn. 13 ff.; *Musielak/Voit/Stadler*, ZPO, 17. Aufl., Art. 36 EuGVVO, Rn. 2; *Stein/Jonas/Oberhammer*, ZPO Bd. 10, 22. Aufl., Art. 33 EuGVVO, Rn. 10 m. w. Nachw.; *Adolphsen*, EuZVR, 5. Kapitel Rn. 15; aus dem englischen Schrifttum *Harder*, ICLQ 2013 (62), 441, 447 f.; *Barnett*, Res Judicata, Rn. 7.59 ff.; *Layton/Mercer*, European Civil Practice, Vol. 1, Rn. 24.010; *Briggs*, Jurisdiction and Judgments, Rn. 7.24; aus dem französischen Schrifttum vgl. etwa *Nioche*, RCDIP 2013, 686, 698; *Mayer/Heuzé*, Droit international privé, n° 420 (für das autonome Anerkennungsrecht) zur EuGVVO n° 477; zum EuGVÜ *Goldmann*, RTDEur 1971, 1, 31; vgl. zum Ganzen auch *Gaudemet-Tallon/Ancel*, Compétence et exécution, 6e éd., n° 379; aus dem griechischen Schrifttum vgl. etwa *Tsikrikas*, ZZPInt 2017, 213, 215.

³ Als (generelles) Argument für einen einheitlichen Rechtskraftbegriff sieht den Wegfall der Rechtskraftprüfung auch *Bach*, EuZW 2013, 56, 59; vgl. zum Ganzen unten vierter Teil A. II. 5. c) und die dortigen Nachw.

⁴ Vgl. auch *Dickinson/Lein/Franzina*, Brussels I, Art. 36, Rn. 13.44 f. unter Verweis auf OGH 6 Ob 247/12k.

stünden nicht, wenn ein einheitliches europäisches Rechtskraftkonzept existierte und ausländische Urteile bei der Anerkennung im Inland mit ebendieser europäisch-autonomen Rechtskraft ausgestattet würden.⁵

Anstoß für solche Überlegungen bot insbesondere die neuere Rechtsprechung des EuGH,⁶ in welcher er entgegen der Theorie der Wirkungserstreckung auf einen „Rechtskraftbegriff im Unionsrecht“⁷ abstellte⁸ und damit nach Meinung Einiger den Grundstein für ein solches einheitliches europäisches Rechtskraftkonzept geschaffen habe.⁹ Das Urteil erweckt teilweise sogar den Eindruck, es existiere bereits ein europäischer Rechtskraftbegriff, der sich schlicht ins Anerkennungsregime der EuGVVO transplantieren lasse. Vorliegende Arbeit wird diesen Gedanken jedoch widerlegen und zeigen, dass der vom EuGH verwandte „Rechtskraftbegriff im Unionsrecht“ *nicht* in den Bereich der Urteilsanerkennung zu übertragen ist¹⁰ und *de lege lata* (noch) kein belastbares Rechtskraftkonzept besteht, das die Aufgabe der Wirkungserstreckung erlauben würde.¹¹

Dieser Befund stellt die Weichen zur Untersuchung möglicher Konturen eines *de lege ferenda* einheitlichen europäischen Rechtskraftkonzeptes innerhalb der EuGVVO. Hierzu sollen in einer Bestandsaufnahme zunächst mögliche Vorgaben aus der Rechtsprechung des EuGH und der Verordnung selbst identifiziert werden. Zur Gewinnung abstrakt-funktionaler Argumente für die Reichweitenbestimmung einer europäischen Rechtskraft dient die rechtsvergleichende Aufarbeitung der Rechtskraftgrenzen im deutschen und französischen Recht sowie innerhalb weiterer Mitgliedsstaaten.¹² Die auf diese Weise identifizierten Vor- und Nachteile enger oder weiter Rechtskraftkonzepte er-

⁵ So gehen etwa *Mansel/Thorn/Wagner*, IPRax 2013, 1, 19 von einer wesentlichen Anwendungserleichterung der EuGVVO durch einen einheitlichen Rechtskraftbegriff aus.

⁶ Insb. in EuGH, Rs. C-456/11 („*Gothaer Allgemeine*“), 2012.

⁷ Ausführlich zur Herkunft dieses Konzeptes unten zweiter Teil, B. III. 2. und die dortigen Nachw.

⁸ EuGH, Rs. C-456/11 („*Gothaer Allgemeine*“), 2012, Rn. 40.

⁹ So etwa *Nioche*, RCDIP 2013, 686, 693: „[...] posant ainsi les premières pierres d'un régime autonome de l'autorité de chose jugée.“

¹⁰ Kritisch auch *Duintjer Tebbens*, FS Vrellis (2014), 263, 269.

¹¹ Dahingehend für das EuGVÜ bereits *Otte*, Umfassende Streitentscheidung, S. 209 f.; zur EuGVVO a. F. auch *Stein/Jonas/Oberhammer*, ZPO Bd. 10, 22. Aufl., Art. 34 EuGVVO, Rn. 87.

¹² Freilich ist diesen Fragen bereits in der Vergangenheit in verschiedener Form nachgegangen worden, sodass eine erneute Untersuchung auf den ersten Blick gewissem Rechtfertigungsdruck unterliegen mag. Bei genauerem Hinsehen offenbart sich jedoch zweierlei: Zum einen beschränken sich viele der rechtsvergleichenden Beiträge – aufgrund des gewählten Formats teilweise schon zwangsläufig – auf einen groben Überblick. Zum anderen sind viele der – dessen ungeachtet bis heute zitierten – Bearbeitungen gerade zum französischen Recht infolge der dortigen Gesetzes- und Rechtsprechungsentwicklungen in der jüngeren Vergangenheit in wichtigen Teilen nicht mehr aktuell. Beides gilt nicht für die umfassende rechtsvergleichende Arbeit von *Stapf*, Rechtskraftlehre.

möglichen – nach einer Übertragung der entwickelten Argumente auf die europäische Ebene – Aussagen zum zu bevorzugenden Umfang einer europäischen Rechtskraft.¹³ Die hier gefundenen Ergebnisse sind dabei nicht nur für die EuGVVO, sondern auch dann relevant, wenn über ein *de lege ferenda* zu schaffendes einheitliches, europäisches Zivilprozessrecht nachgedacht wird.¹⁴

Auf Überlegungen zur Erforderlichkeit eines autonom bestimmten Rechtskraftkonzeptes im Rahmen der EuGVVO einerseits und innerhalb (*de lege ferenda* zu etablierender) europäischer Gesamtsysteme andererseits folgen Diskussion und Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Frage, ob die Aufgabe der Wirkungserstreckung zugunsten eines einheitlichen europäischen Rechtskraftbegriffes möglicherweise vorteilhaft wäre.¹⁵ Darüber hinaus wird ein Vorschlag entwickelt, wie *de lege lata* bestehende Defizite der Wirkungserstreckung *de lege ferenda* einfach und praktikabel gelöst werden könnten.

¹³ Ebendiese Frage klammert *Stapf* ausdrücklich aus, vgl. *Stapf*, Rechtskraftlehre, S. 4.

¹⁴ Dieses langfristige Ziel verfolgen Projekte wie etwa die Arbeiten an *European Rules of Civil Procedure* des *European Law Institute* (ELI) und des *International Institute for the Unification of Private Law* (UNIDROIT). Vgl. ausführlicher zu diesem Projekt unten zweiter Teil, A. I.

¹⁵ Vgl. unten vierter Teil, A. II.

Zum Begriff der „objektiven Reichweite“ der materiellen Rechtskraft

Eine Arbeit, die nach Grundlinien für die „objektive Reichweite“ der materiellen Rechtskraft im deutschen, französischen und europäischen Zivilprozess sucht, kommt nicht umhin, zu erklären, was (zumindest innerhalb dieser Untersuchung) genau mit dem Begriff der „objektiven Reichweite“ der materiellen Rechtskraft gemeint ist.

Objektive Reichweite unterscheidet sich zunächst von ihrem Antonym, der subjektiven Reichweite: Grob gesagt, während die subjektive Reichweite die Frage betrifft, *wer* von der Rechtskraftwirkung betroffen ist, bezieht sich die objektive Reichweite auf die Frage, *was* von der Rechtskraftwirkung betroffen ist. *Was* von der Rechtskraftwirkung betroffen ist, hängt von der konkreten Wirkung (negativ oder positiv) der materiellen Rechtskraft ab.¹

Die *negative* Wirkung der materiellen Rechtskraft verhindert, dass über einen bereits entschiedenen Streitgegenstand erneut entschieden wird.² Damit hängt wiederum die Frage, *was* von der *negativen* Rechtskraftwirkung betroffen ist, maßgeblich vom jeweils zugrunde gelegten Streitgegenstandsbegriff ab: Die objektive Reichweite der *negativen* Wirkung der materiellen Rechtskraft (Breitenwirkung³ oder horizontale Wirkung) wird daher von der Reichweite des Streitgegenstandsbegriffes prädestiniert.⁴ Ein weiter Streitgegenstandsbegriff führt zu einer weiten Sperrwirkung; ein enger Streitgegenstandsbegriff zu einer engen Sperrwirkung. Die Rechtskraft fungiert als sperrendes Vehikel, während der Streitgegenstandsbegriff den *zu sperrenden* Bereich absteckt. Die Frage, *was* von der *negativen* Wirkung der materiellen Rechtskraft betroffen ist, beantwortet daher der jeweilige Streitgegenstandsbegriff.⁵

¹ Vgl. hierzu unten erster Teil, B. III. 7. a) (zum dt. Recht) b) (zum frz. Recht).

² Zum dt. Recht vgl. etwa Saenger/Saenger, ZPO, 8. Aufl., § 322, Rn. 12; Rosenberg/Schwab/Gottwald, ZPR, 18. Aufl., § 152, Rn. 10; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO, 77. Aufl., Einf. §§ 322–327, Rn. 12; BGH NJW 2004, 1252, 1253; BGH NJW 1995, 1757, 1757; zum frz. Recht vgl. etwa Le Bars, Procédures, août-sept. 2007, 9, 10; Chainais/Ferrand/Mayer/Guinchard, Procédure civile, n° 1162; Bouty in Dalloz, Encyclopédie Juridique, Répertoire de Procédure Civile 2018, Chose jugée, n° 564 ff.; Vincent/Guinchard, n° 179.

³ Diesen Begriff verwenden auch Foerste, ZZP 1995, 167, 167; Otte, Umfassende Streitentscheidung, S. 95; Seppeler, Rechtskrafteinwand, S. 125.

⁴ Ebenso z. B. Otte, Umfassende Streitentscheidung, S. 95, Fn. 474.

⁵ Vgl. zum Ganzen unten zweiter Teil, B. III. 3. f) aa).

Die *positive* Wirkung der materiellen Rechtskraft macht rechtskräftige Entscheidungen innerhalb nachfolgender Verfahren verbindlich.⁶ Mit der Frage, was von der *positiven* Wirkung der materiellen Rechtskraft betroffen ist, ist also gemeint, welche Urteilsbestandteile (Tenor/*dispositif* und ggf. auch Gründe/*motifs*) rechtskräftig werden. Eben dieser Frage nach der objektiven Reichweite der *positiven* Wirkung der materiellen Rechtskraft (Tiefenwirkung⁷, vertikale Wirkung) soll im Folgenden für deutsches, französisches und europäisches Recht nachgegangen werden. Dabei wird insbesondere zu untersuchen sein, ob die *Tiefenwirkung* mit der (durch den Streitgegenstandsbegriff vorgegebenen) *Breitenwirkung* korreliert⁸ oder – und das wird eines der Ergebnisse dieser Arbeit sein – ob die Reichweite der *positiven* Wirkung der materiellen Rechtskraft vom Streitgegenstandsbegriff *unabhängig* und daher anhand abstrakt-funktionaler Argumente zu bestimmen ist.⁹

⁶ Zum dt. Recht vgl. etwa BGH NJW, 1993, 3204, 3205; BGH NJW 1995, 2993; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, ZPR, 18. Aufl., § 152, Rn. 15; Thomas/Putzo/Seiler, ZPO, 40. Aufl., § 322, Rn. 9; Prütting/Gehrlein/Völzmann-Stickelbrock, ZPO, 11. Aufl., § 322; Rn. 17 ff.; zur Diskussion um diesen Begriff im frz. Recht vgl. unten erster Teil, B. III. 7. b) bb) und die dortigen Nachw.

⁷ Diesen Begriff verwenden auch Foerste, ZZP 1995, 167, 167; Otte, Umfassende Streitentscheidung, S. 95; Sepperer, Rechtskrafteinwand, S. 125.

⁸ Dies verneinen auch Oberhammer, JBl. 2000, 205, 209; Sepperer, Rechtskrafteinwand, S. 125; ähnlich Althammer, Streitgegenstand und Interesse, S. 554; vgl. zum Ganzen unten zweiter Teil, B. III. 3. f).

⁹ Die Arbeit versteht sich insofern auch ausdrücklich nicht als Studie zu den Konturen eines europäischen *Streitgegenstandsbegriffes*.

Erster Teil

Grundlagen

A. Historischer Überblick

„Wenn ein wissenschaftliches Gebiet, so wie das unsrige, durch die ununterbrochene Anstrengung vieler Zeitalter angebaut worden ist, so wird uns, die wir der Gegenwart angehören, der Genuß einer reichen Erbschaft dargeboten. [...] alle Bestrebungen der Vorzeit, mögen sie fruchtbar oder verfehlt seyn, kommen uns zu gut als Muster oder Warnung, und so steht es in gewissem Sinn bey uns, mit der vereinigten Kraft vergangener Jahrhunderte zu arbeiten.“¹

Mit diesen Worten leitete *Savigny* im Jahr 1840 sein „System des heutigen römischen Rechts“² ein und bis heute – nahezu zwei Jahrhunderte später – haben diese Zeilen nicht an Bedeutung verloren.³

In der Tat bildet das römische Recht in weiten Teilen die Grundlage der heutigen (kontinental-)europäischen Rechtsordnungen.⁴ Nachdem das römische Recht schon während der Antike stetigen Entwicklungen unterlag, ist es im Mittelalter von den Glossatoren, Kommentatoren und Kanonisten durchdrungen und aufgearbeitet worden und diente in der Neuzeit den meisten europäischen Prozessordnungen als Vorbild.⁵ Auch die Geschichte des Institutes, das wir heute mit dem Begriff der materiellen Rechtskraft beziehungsweise *autorité de la chose jugée* belegen, reicht bis in das Recht der altrömischen Periode zurück und so wirken Vorstellungen und Strukturen über Funktion und Wesen der materiellen Rechtskraft bis heute fort, die bereits im römischen Recht entwickelt worden sind.⁶

¹ *V. Savigny*, System des heutigen römischen Rechts, Bd. 1, Vorrede, S. IX.

² *V. Savigny*, System des heutigen römischen Rechts, 8 Bände, Berlin 1840–1849.

³ Das unterstreicht jüngst auch *Gaul*, JZ 2018, 1013, 1014.

⁴ Vgl. nur *Kaser/Knütel/Lohsse*, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 1, 25 ff., 35 ff.; zum Einfluss des römischen Rechts auf die Zivilprozessrechte des deutschen Rechtskreises vgl. *Sturm*, Cahier n° 4 – L'autorité de la chose jugée, S. 47; zur Bedeutung des Grundsatzes „*res iudicata pro veritate accipitur*“ im *Common Law*, vgl. *Walters*, Cahier n° 4 – L'autorité de la chose jugée, S. 63.

⁵ So *Kaser/Hackl*, Römisches Zivilprozessrecht, S. 6; zur Bedeutung des römischen für das heutige Recht vgl. etwa *Kaser*, JuS 1967, 337; *Honsell*, FS Hattenhauer (2003), 245; *Honsell*, GS Mayer-Maly (2011), 225; *Knütel*, ZEuP 1994, 244; *Zimmermann*, JZ 2007, 1; *Zimmermann*, JZ 1992, 8.

⁶ Dies gilt sowohl für grundlegende Prinzipien wie Einmaligkeit und Endgültigkeit gerichtlicher Entscheidungen als auch für konkrete Erscheinungen: So hat etwa die zur Bestim-

I. Römisches Recht

Das römische *Prozessrecht* stellte kein „systematisches Ganzes“ dar.⁷ Vielmehr erscheinen die Regeln als „unkodifizierte, im Bewusstsein des Volkes lebende und von Rechtskundigen geformte Ordnung“.⁸ Das Privatrecht und das Instrumentarium zu dessen Durchsetzung und Geltendmachung wurden von den Römern als Einheit angesehen.⁹ Daraus ergibt sich auch, dass das Prozessrecht parallel zur Entwicklung des Privatrechts selbst stetiger Veränderung unterlag. Diese Entwicklungen gingen mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Änderungen der jeweiligen Zeit einher.¹⁰ Die römische Rechtsgeschichte lässt sich grob in drei Phasen einteilen, die diese Veränderungen spiegeln: Die *altrömische Periode* bis in die Mitte des dritten Jahrhunderts vor Christus; die *klassische Periode* bis zum dritten Jahrhundert nach Christus und die *nachklassische Periode* bis zum Ausgang der Antike.¹¹ Schon für den Zivilprozess während der altrömischen Periode war anerkannt, dass in derselben Sache (*eadem res*) kein weiteres Urteil ergehen durfte.

1. Legisaktionenverfahren – Altrömische Periode

Während der altrömischen Periode war Rom noch ein bäuerlicher Gemeindegemeinschaftsstaat;¹² eine „agrarisches Wirtschaftsstruktur mit nur geringer Überschussproduktion für den Marktgebrauch“¹³. Dieser Umstand prägte das gesellschaftliche Leben ebenso wie Kultur, Politik und freilich das Recht.¹⁴ Ausgangs- und Kernpunkt der geltenden Gesetze war dementsprechend die Regelung der Beziehungen innerhalb des Hausverbandes und dessen Beziehungen zu anderen Familienverbänden.¹⁵

Die Hauptquelle für das damalige Recht bildeten die XII Tafeln, eine um 450 vor Christus kodifizierte Rechtssammlung, welche in Form von zwölf

mung identischer Streitgegenstände maßgebliche *règle de la triple identité* im französischen Recht (vgl. hierzu unten zweiter Teil, B. III. 3. c)) ihren Ursprung ebenfalls im römischen Recht, vgl. *Nörr*, Romanisch-kanonisches Prozessrecht, S. 208 und *Stapf*, Rechtskraftlehre, S. 18. Ähnliches gilt für die Theorie der *présomption de vérité* im französischen Recht (vgl. hierzu unten erster Teil, B. III. 3. b) aa)), die auf die viel zitierte Digestenstelle „*res iudicata pro veritate accipitur*“ (Dig. 1, 5, 25 = 50, 17, 207) zurückgeht, kritisch hierzu v. a. *Tomasin*, *Chose jugée*, n° 324 ff.

⁷ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 11.

⁸ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 3.

⁹ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 3 und 11.

¹⁰ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 3.

¹¹ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 3 ff.

¹² Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 4; Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 25.

¹³ So Horak, ZRG Rom. 1976, 261, 262, Fn. 5 m. w. Nachw.; ebenso Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 25.

¹⁴ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 4.

¹⁵ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 4.

Bronzetafeln öffentlich ausgestellt war.¹⁶ Obgleich diese Sammlung kein Prozessrecht im heutigen Sinn enthielt – vielmehr wird das Bestehen von Einrichtungen oder Verfahren zur Rechtsverfolgung vorausgesetzt¹⁷ – ermöglichen die ersten drei Tafeln entscheidende Einblicke in damalige Prozessabläufe.¹⁸ Zentrales Instrument zur Rechtsverfolgung waren die *legis actiones*.¹⁹ Durch feierliches, von symbolischen Handlungen untermaultes Sprechen bestimmter Spruchformeln trugen die Prozessparteien ihre Begehren vor einem Gerichtsherrn vor.²⁰ Die Vorgaben für diese rituellen Handlungen waren dermaßen starr und formal, dass schon geringste Abweichungen den Prozessverlust bedeuten konnten.²¹

Während dieser Zeit bildete sich eine Aufteilung des Prozesses in zwei Abschnitte heraus²²: Im ersten Schritt des Prozesses (*in iure*)²³ wurde vor dem Gerichtsmagistrat in einer Vorentscheidung die Zulässigkeit der Einsetzung eines Verfahrens und gegebenenfalls das zuständige Gericht des zweiten Abschnittes festgelegt.²⁴ In einem zweiten Schritt (*apud iudicem*)²⁵ erfolgte dann die Beweisführung und rechtliche Subsumtion des im ersten Abschnitt festgelegten Prozessstoffes.²⁶ Anschließend wurde das Urteil gefunden und verkündet.²⁷

In iure wurde auch festgestellt, ob für das Begehren des Klägers ein Rechtsbehelf (*legis actio*) zur Verfügung stand und damit das Streitprogramm – vergleichbar mit dem heutigen Streitgegenstand – definiert.²⁸ Die Konkretisierung des genauen Prozessstoffes erfolgte durch die oben erwähnte, feierliche Rezipitation von Spruchformeln.²⁹ Vor diesem gemeinsamen Akt riefen die Parteien Zeugen auf, die dem Prozess beiwohnen sollten (*litis contestatio*)³⁰.³¹ Die *litis*

¹⁶ Kaser/Knüttel/Lohsse, Römisches Privatrecht, §1 Rn. 5; vgl. hierzu Flach, Zwölftafelgesetz, S. 3 ff.

¹⁷ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 4.

¹⁸ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 13.

¹⁹ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 4 u. 34 ff.

²⁰ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 34; Keller/Wach, Römischer Zivilprozess, S. 53.

²¹ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 35; Keller/Wach, Römischer Zivilprozess, S. 56.

²² Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 32 f. u. 45 a. E. f.

²³ Benannt nach dem Ort (*ius*), an dem die Verhandlungen vor dem Prätor stattfinden, vgl. Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 43.

²⁴ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 45 u. 69 ff.

²⁵ Wörtl. „bei einem/in Gegenwart eines Richters“.

²⁶ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 45.

²⁷ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 45 u. 115 ff.

²⁸ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 70.

²⁹ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 75.

³⁰ Zu Herkunft und Bedeutung des Begriffes vgl. ausführlich Jahr, *Litis contestatio*, S. 5 ff.

³¹ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 76 ff., dieses Verfahren erklärt sich u. a. vor dem Hintergrund einer zu dieser Zeit noch wenig entwickelten Schriftlichkeit.

contestatio bewirkte zweierlei: Zum einen unterwarfen sich die Parteien durch sie einem Verfahren vor Gericht – das Verfahren wurde sozusagen rechtshängig.³² Zum anderen schloss die *litis contestatio* ein weiteres Verfahren über denselben Streitgegenstand aus, da sie zum Verbrauch (*consumptio*)³³ des Forderungsrechtes (*obligatio*) führte.³⁴ In der Ausschlusswirkung der *litis contestatio* lassen sich also bereits Grundstrukturen der heutigen Rechtskraftlehre erkennen.³⁵

2. Formularverfahren – Klassische Periode

Während der Zeit vom dritten bis zum ersten Jahrhundert vor Christus durchlief das gesellschaftliche Leben in Rom eine deutliche Veränderung: Die römische Macht breitete sich territorial ungemein aus. Es entwickelten sich großstädtische Lebensformen sowie Handel und Gewerbe.³⁶ In Reaktion auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung wandelte sich auch das Recht. Durch die Anwendung aus der griechischen Philosophie entlehnter Methoden konnte sich langsam ein in sich stimmiges Rechtssystem und damit der Beginn einer Wissenschaft entwickeln.³⁷ Ihre Blütezeit erreichte die Rechtswissenschaft während der ersten beiden Jahrhunderte nach Christus.³⁸

Diese Veränderungen wirkten sich auch auf das Verfahrensrecht aus: Das Legisaktionenverfahren wurde allmählich durch ein abgewandeltes Verfahren – das Formularverfahren – ersetzt.³⁹ Die von starrem Formalismus und strengen, fast rituellen Vorgaben geprägte Verhandlung vor dem Magistrat wurde insgesamt gelockert und vereinfacht.⁴⁰ Im Mittelpunkt des Verfahrens *in iure* stand nun eine Verhandlung in freier Rede ohne Formzwang und Riten, an deren Ende den Streitparteien eine sogenannte *formula* ausgehändigt wurde.⁴¹ Die *formula*⁴² fasste gleich einem Protokoll die Ergebnisse der Verhandlung zusammen und diente damit zum einen der Fixierung des Streitprogrammes, zum anderen bildete sie die Hauptinformationsquelle für das im zweiten Verfahrens-

³² Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 79.

³³ Ausführlich zur Konsumption der Klage im römischen Recht vgl. Liebs, ZRG Rom. 1969, 169.

³⁴ Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 81; Liebs, ZRG Rom. 1969, 169, 180.

³⁵ Dahingehend auch Wenger, Institutionen, S. 204; in diese Richtung auch Stein, FG Fitting (1903), 333, 415; Stapf, Rechtskraftlehre, S. 9.

³⁶ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 6.

³⁷ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 7.

³⁸ Kaser/Knütel/Lohsse, Römisches Privatrecht, § 1 Rn. 9.

³⁹ Keller/Wach, Römischer Zivilprozess, S. 110 ff.; Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 151.

⁴⁰ Keller/Wach, Römischer Zivilprozess, S. 110 ff.; Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 151 f.

⁴¹ Keller/Wach, Römischer Zivilprozess, S. 112.

⁴² Zu Inhalt und Bestandteilen der *formula* vgl. Kaser/Hackl, Römisches Zivilprozessrecht, S. 308 ff.

Sachverzeichnis

- abuse of process 250 ff.
- acte juridictionnel 43
- Anerkennung 81 ff.
 - Gleichstellungstheorie 84 f.
 - Kumulationstheorie 86 ff.
 - Wirkungserstreckungstheorie 85 f., 89 f.
- attribut 36
- Aufrechnung 193 ff.
- autorité de la chose jugée 18 f., 208 ff.

- Berücksichtigung der Rechtskraft im Prozess
 - Deutschland 67 f.
 - Frankreich 68 f.
- Bescheinigung nach Art. 53 i. V. m. Anhang 1 EuGVVO 285 f., 297 ff.
- Bindungswirkung
 - *siehe* positive Wirkung bzw. effet positif
 - von Entscheidungen der Gemeinschaftsgerichte, *siehe* Rechtskraftbegriff des Unionsrechts
- Breitenwirkung, *siehe* Reichweite der materiellen Rechtskraft
- Brexit 260 ff.

- cause, *siehe* identité de cause
- cause of action estoppel 254 ff.
- Cesareo-Entscheidung 119 ff.
- cosa giudicata 242 ff.
- cosa juzgada 244 ff.

- décision implicite 215 ff., 224 f., 229 f.
- dispositif 208 ff.

- effet négatif 53 ff.
- effet positif 56 ff.
- efficacité substantielle 37 f.

- Eintrittszeitpunkt
 - Deutschland 39
 - Frankreich 39 f.
- ELI, *siehe* European Rules of Civil Procedure
- Entscheidungsgründe
 - Deutschland 146 ff.
 - Frankreich 208 ff.
- estoppel
 - allgemein 253
 - issue estoppel 256 ff.
 - cause of action estoppel 254 ff.
- European Rules of Civil Procedure 72 ff., 302 ff.

- formelle Rechtskraft
 - Deutschland 19 ff.
 - Frankreich 21 f.

- Gestaltungswirkung 35
- Gleichstellungstheorie 84 f.
- Gothaer Allgemeine* 93 ff.

- Henderson v. Henderson principle* 251 ff.
- Hoffmann/Krieg* 89, 93, 95, 138 f.

- identité d’objet 114 ff.
- identité de cause 116 ff.
- irrévocabilité 21 f.
- issue estoppel 256 ff.

- jugement avant dire droit 45 f.
- jugements gracieux 46 f.

- Klageabweisung 175 ff.
- Kernpunkttheorie 125 ff.
- kontradiktorisches Gegenteil 49 ff.
- Konzentration der moyens 54 ff., 117 ff.
- Kumulationstheorie 86 ff.

- motifs
 - décisifs 214 f., 222 ff., 227 ff.,
 - décisives 213 f., 221 f., 226
- moyen 54 ff., 117 ff.

- ne bis in idem 29
- negative Wirkung, *siehe* Wirkungsrichtung

- objet, *siehe* identité d'objet

- positive Wirkung, *siehe* Wirkungsrichtung
- Präjudizialität 52 f.
- Präklusion
 - Deutschland 51 f.
 - Frankreich 54 ff.
- présomption de vérité 30 ff.
- Prozessökonomie 266 f., 281 f., 291 f., 304 f.

- Rechtskraftbegriff des Unionsrechts 102 ff.
- Rechtskraftfähigkeit
 - Deutschland 40 ff.
 - Frankreich 42 ff.
- Rechtskrafttheorien, *siehe auch* Wesen der Rechtskraft
- Reichweite der materiellen Rechtskraft
 - Begriff allgemein 5 f.
 - Breitenwirkung 5 f.
 - Tiefenwirkung 5 f.
- römisches Recht
 - Formularverfahren 10 ff.
 - Kognitionsverfahren 13 ff.
 - Legisaktionenverfahren 8 ff.

- Sinn- und Ausgleichszusammenhänge 154 ff.
- Streitgegenstandsbegriff
 - Deutschland 108 ff.
 - EuGH, EuGVVO 124 ff.
 - Frankreich 114 ff.
- Subjektive Reichweite der Rechtskraft
 - Deutschland 65 f.
 - Frankreich 66

- Tatbestandswirkung 35
- Teilklage 186 ff.

- Tiefenwirkung, *siehe auch* Reichweite der materiellen Rechtskraft
- tragende Gründe 167 ff.
- triple identité 66, 114 ff., 211

- UNIDROIT, *siehe* European Rules of Civil Procedure
- Unvereinbarkeit 137 ff.
- Urteilswirkung, Abgrenzung der Rechtskraft
 - Deutschland 34 f.
 - Frankreich 35 ff.

- Vollstreckbarkeit 34
- Vorfragen
 - Rechtskraft von Vorfragen iRd ELI/ UNIDROIT *European Rules of Civil Procedure* 75
 - *siehe auch* effet positif
 - *siehe auch* Präjudizialität

- Wahrheitsvermutung, *siehe* présomption de vérité
- Wesen der Rechtskraft
 - Deutschland 28 ff.
 - Frankreich 30 ff.
- Wirkungsbeschränkung 282 ff.
- Wirkungserstreckung 85 f., 89 f.
- Wirkungserweiterung 282 ff.
- Wirkungsrichtung
 - effet négatif 53 f.
 - effet positif 56 ff.
 - negative Wirkung 49 ff.
 - positive Wirkung 52 f.

- Zeitliche Grenzen der Rechtskraft, *siehe* Präklusion
- Zeuner, Albrecht, *siehe* Sinn- und Ausgleichszusammenhänge
- Ziel der materiellen Rechtskraft
 - Deutschland 25 ff.
 - Frankreich 25 ff.
- Zwischenfeststellungsklage
 - Deutschland 202 ff.
 - ELI/UNIDROIT *European Rules of Civil Procedure* 312
 - Frankreich 231 ff.